

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 34.

Sonntag, den 26. August.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Der notwendige Kampf, den die Arbeiterschaft aller Berufe um die Hebung ihrer Lebenslage zu führen gezwungen ist — zu führen gezwungen ist gegen ein profitierendes Unternehmertum, zur Abwehr gegen die durch Bölle und Liebesgaben an die Besitzenden und Herrschenden hervorgerufene Verteuerung und Herabsetzung ihrer Lebenshaltung — hat das Unternehmertum auf der ganzen Linie auf den Kampfplatz gerufen. Wie Pilze sind in den letzten Jahren die Unternehmerorganisationen aus der Erde gewachsen, um sich der „unberechtigten Forderungen“ der Arbeiterschaft zu erwehren. Das gleiche Streben und das gleiche Ziel: Die kulturfördernden Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft niederzuhalten und zu unterdrücken, hat dann die verschiedensten, oft sich in innerer Fehde bekämpfenden, um den größeren Anteil am Profit streitenden, Unternehmerverbände sehr bald einander näher, zum größten Teil sogar schon vollständig zusammengeführt. Und schon sind dieselben vielfach aus der Defensive, der sie angeblich nur dienen sollten, zur Offensive, zum Angriff auf die Arbeiterschaft übergegangen. Wo es sich um die bescheidensten Forderungen selbst der schlechtestbezahlten Arbeiterkategorien handelte, da hat in den letzten Jahren das organisierte Unternehmertum als Antwort fast nichts weiter übrig gehabt, als die brutale Ausperrung von Hunderttausenden, und selbst vor der Androhung der Ausperrung von Hunderttausenden von Arbeitern ist dasselbe nicht zurückgeschreckt! Hunderttausende von Arbeitern, mit ihren Familienangehörigen wohl eine Million Menschen, sollten — wenn es nach dem Willen der Scharfmacher gegangen wäre — dem Elend und Hunger preisgegeben werden, um dem Machtkrieg einer Clique von Scharfmachern zu fröhnen!

Aber nicht nur darum handelt es sich bei dem organisierten Scharfmachertum. In seinem auf die Spitze getriebenen Machtkrieg schreckt dasselbe selbst nicht zurück, seine Hände freilich nach den geringen sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft auszustrecken: Rückwärtsrevidierung der Sozialreform! — das und nichts geringeres wagen die organisierten Scharfmacher von der Regierung offen zu fordern!

Als die preussische Eisenbahnverwaltung — nachdem andre deutsche und ausländische Verwaltungen ihr darin längst vorausgeeilt sind — die neunstündige Arbeitszeit einzuführen beschlossen hatte, da vermachten sich die organisierten Scharfmacher, durch „private Vorstellungen“ den Minister von seinen „gefährlichen sozialpolitischen Ideen“ abzubringen!

Den Agrariern und Junkern konnten die Minister bekanntlich „sonst etwas“ — d. h. solange dieselben den ersteren noch nicht agrarisch genug waren. Und die organisierten Großindustriellen glauben einen preussischen Minister so sicher in der Tasche zu haben, daß „ein Wort im Vertrauen“ von ihnen genügt, um demselben etwaige sozialpolitische Neigungen auszutreiben. Daß diese selben Kreise auch für die vollständige politische Entrechtung und Anebelung der Arbeiterklasse schwärmen, sei nur nebenbei erwähnt.

Sollen wir noch des langen und breiten darauf hinweisen, daß die Oberscharfmacher durch einen ihrer „wissenschaftlich“ gebildeten Angestellten, den berühmten Doktor Kille, einen regelrechten Feldzug gegen die gewerbliche Ruhe und Ordnung organisieren lassen; daß dieselben sich krampfhaft — wenn auch vergeblich — Mühe geben, die seit einem Jahrzehnt zu allseitiger Zufriedenheit bestehende Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe zu Falle zu bringen! Sollen wir weiter noch ausführlich dartun, daß das organisierte Unternehmertum im Baugewerbe ganz offensichtlich für einen Kampf auf der ganzen Linie rüstet!

Arbeit! Arbeiterinnen! — Genossen und Genossinnen! — Alle diese Tatsachen und die daraus für den wirtschaftlichen Befreiungskampf der Arbeiterklasse hervorgehenden Gefahren gilt es, den Hunderttausenden, die heute noch der gewerkschaftlichen Organisation fernstehen, zum Bewußtsein zu bringen. Es gilt, dieselben über ihre Pflichten sich selbst und ihrer Klasse gegenüber aufzuklären und als Mitkämpfer für die Organisation, gegen die volksfeindlichen Bestrebungen des organisierten Unternehmertums zu gewinnen!

Diesem Zwecke dient das der heutigen Nummer Eures Fachorgans beigelegte Flugblatt. Eure Pflicht, Arbeiter und Arbeiterinnen, ist es, dasselbe — nachdem Ihr selbst von dem Inhalt Kenntnis genommen — unter Euren nichtorganisierten Kollegen und Kolleginnen zu verbreiten. Erfüllt in dieser Hinsicht jeder von Euch seine Pflicht, dann wird sich auch in diesem Falle, wie schon so oft, das organisierte Unternehmertum erweisen als ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Dann werden die Maßnahmen der Scharfmacherorganisationen dazu beitragen, unsere Organisationen zu stärken, und wir werden damit in der Lage sein, den Kampf gegen die geschworenen Feinde der Arbeiterklasse, den Kampf für die wirtschaftliche Hebung und Befreiung derselben, noch nachdrücklicher und erfolgreicher als bisher führen zu können.

Hoch die Organisation!
Unser der Sieg — trotz alledem!

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Partei und Gewerkschaften.

Zur Veröffentlichung des Protokolls über die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände schreibt die Generalkommission der Gewerkschaften im Korrespondenzblatt:

Unser in Nr. 32 des Korrespondenzblattes veröffentlichtes Schreiben an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Sachen der Freigabe des Protokolls der Vorstandskonferenz ist bisher unbeantwortet geblieben. Daß die Vorwärts-Redaktion an die von ihr ebenfalls bewirkte Veröffentlichung unseres Schreibens die Bemerkung knüpft, der Parteivorstand halte sich trotz des erneut ablehnenden Bescheides für verpflichtet, den Genossen durch wörtliche Bekanntgabe des Teiles des Protokolls, der das Thema „Partei und Gewerkschaften“ behandelt, eine sichere Grundlage für ihr Urteil zu geben, konnten wir als eine Antwort des Parteivorstandes nicht erkennen. Nunmehr hat der Parteivorstand in der Tat den Weg der Behandlung des Punktes Partei und Gewerkschaften bezüglich des Teiles des Protokolls im Sonderabdruck veröffentlicht und der Auflage des Vorwärts vom 11. August beigegeben.

Ein solches Verfahren des Parteivorstandes stellt sich so außerhalb aller Gepflogenheiten der Arbeiterbewegung und verstößt derart gegen die Grundsätze des Vertrauens, das zwischen den offiziellen Vertretungen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisationen bestehen muß, daß die Generalkommission hiergegen im Interesse des Gesamtwohles der Arbeiterbewegung die entschiedenste Verwahrung einlegen muß. Wie die Leser des Protokolls mittlerweile ersehen haben werden, ist in letzterem nichts enthalten, was die Gewerkschaftsvertreter vor der Parteigenossen zu verheimlichen hätten. Es handelt sich für die Generalkommission und die Verbandsvorstände lediglich um die Frage, ob Verhandlungen, die wiederholt — und zwar auch noch ausdrücklich in dem veröffentlichten Protokollteil selbst — als vertraulich bezeichnet sind, gegen den Willen der Beteiligten veröffentlicht werden dürfen. Der Parteivorstand glaubte dieses Recht zu haben und hat die Veröffentlichung entgegen dem ausdrücklich ausgesprochenen Willen der Verbandsvorstände bewirkt. In diesem eigenmächtigen Vorgehen bekundet sich eine bedauerliche Mißachtung der letzteren und damit zugleich der von ihnen vertretenen Gewerkschaften. Es kann sicherlich nur der Partei zum Schaden gereichen, wenn deren Vertretung den deutschen Gewerkschaften die Achtung verweigert, auf die letztere nach ihrer Entwicklung und Bedeutung, wie auch nach ihrer Stellung zur Partei vollen Anspruch haben.

Der Parteivorstand hat die Tragweite seines Vorgehens wohl nicht völlig übersehen, weil das von ihm in Anwendung gebrachte Verfahren auch vertrauliche Parteiberatungen in Zukunft gefährden muß.

Dazu schreibt der Vorwärts:

Die Generalkommission betrachtet in dieser Erklärung bedauerlicherweise die Frage der Protokollveröffentlichung ausschließlich vom Standpunkt des rein formalen Rechts und der Zuständigkeit aus. Sie ignoriert völlig alle die großen Interessen der Partei sowohl wie der Gewerkschaften, die für die Veröffentlichung sprechen. Sie ignoriert die Tatsache, daß das Protokoll nicht mehr geheim war, daß die Einigkeit tendenziöse Auszüge daraus veröffentlicht hatte und daß auf Grund dieser tendenziösen Auszüge bereits falsche Beschuldigungen erhoben wurden, gegen die Genosse Bömelburg bereits gezwungen war, sich zu wehren. Sie ignoriert den Umstand, daß in dem Protokoll unwehre Angriffe auf verschiedene Genossen enthalten sind, denen ohne die Veröffentlichung jede Abwehr unmöglich war. Aber was schwerer wiegt, als das alles, sie berücksichtigt nicht im geringsten den schwerwiegenden Grund für die Veröffentlichung, die Beunruhigung der Genossen in Partei und Gewerkschaft durch die unkontrollierbaren Behauptungen, die über den Inhalt des Protokolls aufgestellt wurden, nicht im geringsten das dringende Bedürfnis, eine reale Grundlage für die Erörterung des Themas Partei und Gewerkschaft zu schaffen, das durch die letzten Ereignisse sich der Arbeiterschaft als brennende Frage aufgedrängt hatte. Der Parteivorstand hat, höherer Pflicht, höheren Gesichtspunkten folgend, die formale Kompetenz der Generalkommission verlekt. Wir glauben, daß das gesunde sittliche Gefühl der Arbeiterschaft ihm recht geben wird, daß auch die Gewerkschaftsgenossen die Notwendigkeit der Veröffentlichung erkennen werden. Wir glauben sagen zu dürfen, daß wir in Mannheim eine sachliche und fruchtbringende Debatte haben werden dank der Veröffentlichung, während sie andernfalls eine durch Mißtrauen vergiftete geworden wäre. Das sollte auch die Generalkommission einsehen, anstatt das Gefühl verletzter Würde über alle andern Erwägungen zu stellen.

Rundschau.

Massenfreil und Auswanderung. Wie El Socialista meldet, nimmt die Auswanderung in Spanien ungeheure

Dimensionen an. Dem Beispiel von Boada, dessen Einwohner insgesamt nach Argentinien auszuwandern, folgt nun Bejar, wo Arbeiterversammlungen stattfanden, in denen man über eine gemeinsame Auswanderung nach irgendeiner amerikanischen Republik beriet, denn: „Es bleibt uns kein andres Mittel, unsern Elend zu entfliehen: alle Bitten, Forderungen, Klagen verhallen, da alle die Gewalten, die uns helfen könnten, im Dienste des Kapitalismus stehen und mithelfen, daß wir verhungern, während wir sie bereichern.“

Der Achtstundentag. Der Stadtrat von Salamanca hat der Forderung der sozialistischen Partei nachgegeben und seinen Angestellten den Achtstundentag bewilligt.

Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit. Die belgischen Gewerkschaften veranstalteten kürzlich in Brüssel einen großartigen Demonstrationszug zugunsten des verkürzten Arbeitstages. Der Vorbeimarsch der Demonstranten, deren Zahl sich auf etwa 70 000 belief, dauerte 1 3/4 Stunden. Einige hundert kleine Mädchen, die barfuß und in Arbeitskleidern aus den Ziegeleien von Boom mitmarschierten, stellten einen eindrucksvollen Protest gegen die Kinderarbeit dar, ebenso die kleinen Mädchen und Frauen aus den Flachskammereien von Gent, die Fahnen trugen, auf denen stand: „Wir wollen lieber in die Schule und nicht in die Fabrik!“ Der Zug war außerdem begleitet von Musikkapellen. Viele rote Fahnen mit Aufschriften wurden mitgeführt.

Verhaftete christliche Gewerkschaftsführer. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress, der vor kurzem in Breslau tagte, waren bekanntlich auch die Spitzen der Behörden erschienen, die in schwingenden Reden den versammelten Christen ihr Wohlwollen verkündeten. Wie ein Sohn auf diese Versicherung klang die Nachricht, daß in Würzelen bei Nachen vier christliche Arbeiter verhaftet wurden, darunter der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes Schümmer. Die Rheinische Zeitung schreibt zu diesem unerhörten Vorgehen: So wenig man in Würzelen von einer strafbaren Tat Schümmers etwas weiß, so wenig wird man auch sonst etwas davon wissen. Freilich ein Kapitalverbrechen hat Schümmer begangen. Er hat die Sodaarbeiter organisiert, und was noch schlimmer ist, er hat ihre Begehrlichkeit nach mehr Lohn geweckt und sich dreierlei, dem Unternehmer ein paar Groschen mehr Lohn für seine Arbeitsbienen abzutrotzen. Das ist ein „Verbrechen“, wofür nach dessen Meinung Rad und Galgen aufgebaut werden müßten, aber glücklicherweise enthält das bestehende Strafrecht keine Bestimmung, die Schümmers Handlungsweise verbietet oder, man müßte es denn verweigern. Schümmer wurde früh um fünf Uhr aus dem Bett geholt und zwei Gendarmen und ein Polizist transportierten ihn ins Untersuchungsgefängnis nach Nachen.

Der Nacher Volksfreund, ein Zentrumsblatt, berichtete einige Tage vor den Verhaftungen: „Die Bewegung bei der Firma M. Sonigmann wächst von einem wirtschaftlichen Kampfe mehr und mehr zu einem erbitterten Klassenkampfe aus... Erst kam die schroffe Faltung von Seiten der Firma gegenüber der Arbeiterschaft, indem man diese nicht mal mehr einer Antwort würdigte, obwohl alle Schreiben an die Firma in einem ausgesucht höflichen Tone gehalten waren. Dann kam das Gendarmereiaufgebot, das der ganzen Bewegung künstlich den Charakter einer halben Revolution aufdrückte, und das erst die Leute auf die Straße zog. Dann kam das überschneidende Auftreten einiger dieser Herren Gendarmen. Einer faßte den Vorsitzenden des christlichen Verbandes, Schümmer, an die Brust, als er zu den angekommenen Holländern (Arbeitswilligen) sprechen wollte. Andere ritten zweimal ins Volk, als dieses sich um die am Montag eintreffenden Italiener drängte... Die vergangene Nacht wurde dann der Revolver in diesem wirtschaftlichen Kampfe in Gebrauch gebracht; der Bauunternehmer Lürken, der treue Verbündete Sonigmanns, hat fünfmal mit der Waffe geschossen. Die Erregung in der Bürgerschaft ist gewaltig.“

Aus diesen Vorgängen will man jetzt den „Landfriedensbruch“-Prozess gegen die christlichen Arbeiter herleiten. — Vielleicht werden die christlichen Gewerkschaften, die sich mit ihrer „nationalen und christlichen Gesinnung“ bei den Behörden anzubiedern suchen, durch diesen Gewaltakt kuriert.

Berichte.

Bünde. Ein neuer Einschüchterungsversuch. Die Unternehmerpresse wird von „sachkundiger Seite“ dahin instruiert, daß die armen Zigarrenfabrikanten tatsächlich sich in einer äußerst bedrängten Lage befinden, so daß sie die bescheidenen Wünsche der westfälischen Tabakarbeiter durchaus nicht erfüllen können. Beweis: die hohen Preise für Sumatatabake, hohe Zedernholzpreise, die eigenartige Wettbewerbsverhältnisse in

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1905.

II.

Mehr und mehr wenden die Gewerkschaftskartelle ihre Aufmerksamkeit dem Gebiete der Auskunftserteilung und Rechtsbelehrung zu. Es wurden 1905 insgesamt 111 Auskunftsstellen von den Kartellen unterhalten, über deren Tätigkeit bereits an anderer Stelle berichtet worden ist. Von den bestehenden Arbeitersekretariaten werden 56 von den Kartellen unterhalten resp. mit Geldmitteln unterstützt. 7 Kartelle unterhalten ein eigenes Bureau.

Ein Gewerkschaftshaus wird unterhalten in folgenden Orten: Berlin, Braunschweig, Breslau, Kassel, Charlottenburg, Köln a. Rh., Dresden, Elberfeld, Feuerbach, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Kiel, Leipzig, Liegnitz, Mannheim, Mühlhausen i. Th., Offenbach a. M., Plauen i. V., Solingen, Stettin, Stralsund, Stuttgart, Trier, Wilhelmshaven und Zittau. Wenn diese Gewerkschaftshäuser auch nicht ausschließlich von den Gewerkschaftskartellen unterhalten werden, so ist ihre Existenz doch dem Zusammenwirken der Gewerkschaften in diesen Orten und zum Teil auch der Mitwirkung von Parteiorganisationen zu verdanken.

Gemietete Versammlungsjäle haben 118 Kartelle gegenüber 86 im Vorjahre. Eine Zentralherberge haben 44 Kartelle (20 im Vorjahre) und eine Herberge beim Gastwirt untersteht in 227 (181 im Vorjahre) Orten der Kontrolle der Gewerkschaftskartelle.

Ein Zentralarbeitsnachweis wird unterhalten von den Kartellen in Hameln, Meerane, Sonderburg und Zerbil. Eine vom Kartell verwaltete gemeinsame Bibliothek ist in 252 Orten vorhanden, 1904 in 205 Orten. Ein Lesezimmer wird von 39 Kartellen unterhalten, von denen 5 keine Bibliothek besitzen.

Eine Beschwerdef Kommission für Gewerbeinspektionsfachen ist in 149 Kartellen vorhanden (1904: 134), 129 Kartelle haben eine Kommission für das Kost- und Logiswesen, 195 Kartelle eine Bauarbeiterschuttkommission (1904: 151) und einen Referentennachweis haben 52 Kartelle.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen ließen sich im letzten Jahre die Kartelle etwas mehr angelegen sein, als in den Vorjahren. Wie die Statistik ergibt, hatten 1905 41, 1904 29 und 1903 26 Kartelle eine weibliche Vertrauensperson eingesetzt. Auch die Zahl der Arbeiterinnenagitationskommissionen ist von 15 in 1903 und 12 in 1904 auf 21 in 1905 gestiegen. Dieses Tätigkeitsgebiet wird von den Kartellen immer noch nicht in genügender Weise berücksichtigt.

In der Einberufung von Versammlungen zwecks allgemeiner Agitation haben die Kartelle wesentlich mehr geleistet, als im Jahre 1904. Es wurden 2102 (1904 nur 819) allgemeine Versammlungen abgehalten. Davon allein in Regensburg 91 und in Frankfurt a. M. 51. Dagegen haben 64 Kartelle keine allgemeine und 56 Kartelle überhaupt keine Versammlung einberufen. Das Jahr 1905 bot doch gewiß Agitationsstoff mehr als genug, wenn dennoch eine Anzahl Kartelle keine Veranlassung nahmen, nur bei einer einzigen Gelegenheit die Arbeiterschaft zusammen zu berufen, so haben diese ihre Pflicht in geradezu unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Die Agitation am Orte ist die erste Aufgabe der Kartelle, wo diese nicht gepflegt wird, da darf man sich nicht wundern, wenn die Bewegung nicht fortgeschritten. In Großstädten, in denen die Arbeiterbewegung stark pulsiert, kann man auf die Einberufung allgemeiner Versammlungen seitens der Kartelle verzichten, weil hier die beruflichen Versammlungen schon einen imponierenden Charakter tragen und bei größeren Aktionen die Arbeitermassen sich überhaupt nicht in eine Versammlung zusammendrängen lassen. Es sind aber, abgesehen von Berlin und Nürnberg, nicht Großstädte mit einer starken, lebhaften Arbeiterbewegung, in denen seitens der Kartelle keine Versammlungen abgehalten wurden, sondern es sind Orte, in denen eine intensive Agitation äußerst nötig wäre.

Die Kartelle veranstalteten im Jahre 1905 insgesamt 46 Statistiken über Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Orte, 21 Arbeitslosenzählungen und 67 sonstige Erhebungen. Im Jahre 1904 veranstalteten die Kartelle insgesamt 95 statistische Erhebungen, darunter 40 Arbeitslosenzählungen und 45 sonstige Erhebungen.

Zur Bestreitung der Ausgaben wurden 1905 in 451 Kartellen feste Jahresbeiträge pro Mitglied der angeschlossenen Organisationen erhoben. In 7 Gewerkschaftskartellen wurden die Beiträge nach einem andern Modus als nach Mitgliedern berechnet erhoben, während 2 Kartelle keine festen Beiträge und 3 Kartelle überhaupt keine Beiträge erhoben. 2 Kartelle haben über die Beitragsleistung keine Angaben gemacht.

Von 31 Kartellen werden besondere Beiträge für die Unterhaltung resp. Errichtung eines Arbeitersekretariats erhoben.

Die Gesamteinnahmen der Kartelle im Jahre 1905 betragen ohne die Einnahmen aus den Streiksammlungen 512 394 Mk., davon aus den festen Beiträgen der Gewerkschaften 318 811 Mk. Ende 1904 war in 376 Kartellen ein Kassenbestand von insgesamt 209 832 Mk. vorhanden, so daß den Kartellen für das Jahr 1905 eine Summe von 722 226 Mk. zur Bestreitung der laufenden Ausgaben zur Verfügung stand. Ausgegeben wurden von 455 Kartellen, welche diesbezügliche Angaben gemacht haben, insgesamt ohne Streikunterstützung 499 671 Mk. Der am Schlusse des Jahres 1905 vorhandene Kassenbestand beträgt in 442 Kartellen zusammen 258 115 Mk.

Die von 290 Kartellen veranstalteten Sammlungen für Streiks und Ausperrungen ergaben die Summe von 948 166 Mk. Für Streiks am Orte wurden 194 035 Mk. und für auswärtige Streiks 718 757 Mk. verausgabt. 204 Kartelle zahlten insgesamt aus der Kartellkasse 34 077 Mk. Streikunterstützung und 79 Kartelle erzielten durch die Sammlungen einen Ueberschuß von zusammen 69 443 Mk.

Es verausgabten für	1903		1904		1905	
	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark
Agitation	280	29 163	289	40 222	358	40 773
Vertreterwahlen	134	9 856	192	24 560	175	18 787
Statistische Erhebungen	38	2 042	38	2 711	50	2 295
Herbergen und Arbeitsnachweis	21	10 058	17	8 919	38	10 348
Gewerkschaftshäuser u. Versammlungsjäle	18	2 781	17	53 871	46	41 883
Auskunftsstellen, Bibliotheken und Lesebibliotheken	211	59 737	208	62 003	292	128 632
Streiks (aus d. Kartellkasse)	222	60 870	217	43 976	204	34 077
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Inzerate etc.	315	66 652	299	89 246	381	95 391

Vorstehende Tabelle enthält eine Uebersicht über die Ausgaben der Kartelle in den letzten 3 Jahren. Für die Beurteilung der Tätigkeit der Kartelle bietet diese Uebersicht recht interessante Merkmale. Die Ausgaben für Agitation sind gegen das Vorjahr kaum gestiegen, obgleich die Zahl der Kartelle, die solche Ausgaben gemacht haben, 358 gegen 289 in 1904 beträgt, während 289 Kartelle rund 11 000 Mk. mehr für Agitation im Jahre 1904 verausgabten, als 280 Kartelle im Jahre 1903. Auch hierdurch wird bewiesen, daß die Agitation im letzten Jahre von den Kartellen recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Die Ausgaben für Vertreterwahlen steigen und fallen naturgemäß, je nachdem solche Wahlen, die periodisch stattfinden, in den einzelnen Jahren in Frage kommen.

Darüber, in welchem Umfange und mit welchem Erfolg die Gewerkschaftskartelle sich an den Vertreterwahlen beteiligten, enthält die Statistik keine Angaben. Das Ergebnis der diesbezüglichen Erhebungen wird, einen mehrjährigen Zeitraum umfassend, besonders bearbeitet und veröffentlicht werden.

Die Ausgaben für Auskunftserteilung und für Bildungszwecke sind im letzten Jahre ganz erheblich angewachsen. Es ist sehr erfreulich, daß die Kartelle diesen Tätigkeitsgebieten immer mehr Beachtung schenken. Jedoch ist zu bemerken, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten wiederholt zu Streitigkeiten innerhalb der Kartelle und zum Austritt verschiedener Organisationen aus den Kartellen geführt hat, wodurch die Aktionsfähigkeit der betreffenden Kartelle sehr beeinträchtigt, teilweise für längere Zeit sogar die Agitation gänzlich lahmgelegt wurde. Von dem Standpunkt ausgehend, daß die Agitation unter keinen Umständen vernachlässigt werden darf, sollten die Vertreter der Gewerkschaften in den Kartellen die Frage stets reiflich prüfen, und die Errichtung eines Sekretariats sollte nur dann erfolgen, wenn eine Gewähr dafür geboten ist, daß sich Komplikationen daraus für die Gewerkschaften nicht ergeben. Gewiß, auch die Arbeitersekretariate haben agitatorischen Wert; wo aber diese Institute den Zankapfel der Gewerkschaften eines Ortes darstellen, da werden sie ihres agitatorischen Einflusses entkleidet. Streitigkeiten, ganz gleich, ob innerhalb einer Gewerkschaft oder der Gewerkschaften untereinander, sind stets nur geeignet, die Positionen unserer Gegner zu stärken und die eigene zu schwächen. Ein krasses Beispiel dafür sehen wir in Barmen-Elberfeld. Vergewegenwärtigen wir uns, daß die christlichen Gewerkschaften, die sich mehr und mehr ausbreiten, mit Argusaugen unsere Bewegung verfolgen und jede ihnen passend erscheinende Gelegenheit ausnützen, um unsere Organisationen in Mißkredit zu bringen, damit ihr Weizen desto besser blühe, so haben wir alle Ursache, jeden kleinsten Zwist zu vermeiden und bei allen unsern Unternehmungen uns stets nur von dem einen Gedanken leiten zu lassen, daß die Einheit unserer gewerkschaftlichen Bewegung und die Entwicklung der klassenbewußten Arbeiterbewegung überhaupt in keiner Weise gefährdet werden darf. Welche Anstrengungen die gegnerischen Gewerkschaften machen, um an Einfluß zu gewinnen, läßt sich daran erweisen, daß die Kartelle der gegnerischen Gewerkschaften sich im letzten Jahre wieder bedeutend vermehrt haben. Nach den Berichten unserer Kartelle, die allerdings auf Vollständigkeit in dieser Beziehung keinen Anspruch machen können, bestehen in 145 Orten, in denen wir Kartelle besitzen, Ortsverbände der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine mit 430 Ortsvereinen, und in 94 Orten Kartelle der Christlichen mit 356 Gewerkschaften. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften veröffentlichte in seiner Nummer 14 vom 16. Juli 1906 ein Verzeichnis der Adressen christlicher Ortskartelle, welches 145 Orte enthält. Neben einer Reihe kleinerer Orte Rheinlands und Westfalens, in denen wir keine Kartelle haben, sind auch die Städte Braunschweig, Bremen, Kassel, Dresden, Leipzig, sowie eine Anzahl anderer Orte genannt, in denen Kartelle der christlichen Gewerkschaften bestehen sollen, von deren Vorhandensein aber unsern Kartellen nichts bekannt zu sein scheint, sonst würden sie wohl Angaben darüber für die Statistik gemacht haben. Andererseits haben einige unserer Kartelle Angaben über christliche Kartelle am Orte gemacht, die in der Liste der Christlichen nicht mehr verzeichnet sind. Unsere Genossen in den Kartellen schenken der systematischen Agitationsarbeit der Christlichen offenbar nicht die genügende Aufmerksamkeit, und doch ist es eine besondere Aufgabe der Kartelle, sich von dem Umfang genaue Kenntnis zu verschaffen. Man darf diese Bewegung durchaus nicht unterschätzen, wenn man auch noch so sehr davon überzeugt sein mag, daß sie niemals zu der Höhe sich aufschwingen vermag, auf der wir uns bereits befinden. Noch schreitet sie vorwärts und ihr Fortschritt muß uns ein Ansporn zu rastloser, begeisterter Agitationstätigkeit sein.

Wenn wir auch an der Tätigkeit der Kartelle im letzten Jahre, soweit dieselbe durch die Statistik erfaßt und zur Darstellung gebracht ist, in dieser oder jener Beziehung Ausstellungen zu machen haben, so müssen wir doch anerkennen, daß die Kartelle im allgemeinen bestrebt sind, die Arbeiterbewegung zu fördern. Ist doch die Gründung eines Gewerkschaftskartells allein schon ein Beweis für die Regsamkeit der Genossen eines Ortes, und einzelne Kartelle haben wirklich schon hervorragendes auf den ihnen

zugewiesenen Tätigkeitsgebieten geleistet. Als örtliche Organisationen ist ihre Wirksamkeit mehr oder weniger örtlichen Einflüssen unterworfen und gar vieles spielt sich innerhalb der Bewegung an einem Orte ab, was dem Kartell und den darin tätigen Genossen Arbeit in reichem Maße verursacht. Ueber diese interne Arbeit bieten die Jahresberichte der Kartelle dem, der sich eingehender mit der Sache vertraut machen will, reichliches Material.

Wir sagten schon, daß die Kartelle wesentlich zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen haben. Doch ist das allein nicht ihr Verdienst. Die Kartelle haben fast allgemein sich zu Vereinigungen der Zweigvereine der Zentralverbände entwickelt, ihre Regulative nach Möglichkeit einheitlich gestaltet und sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse untergeordnet. Die Konstitution der Kartelle ist in eine Form gebracht, die es diesen ermöglicht, alle Fragen, die die Arbeiterschaft eines Ortes gemeinsam interessieren, mit den Vertretungen der Parteiorganisationen beraten zu können. Die Errichtung von Arbeitersekretariaten, die Beschaffung von Versammlungsjalen, die Matzeier, das alles sind Dinge, die an vielen Orten gemeinsam von den Vertretungen der Gewerkschaften und denen der Parteiorganisationen geregelt werden. Solches einheitliche Zusammenwirken beider Organisationsarten ist um so erfreulicher in einer Zeit, in der von Ehrgeiz und persönlichem Haß geplagte Elemente sich der verwerflichsten Mittel bedienen, um die Einheit der klassenbewußten Arbeiterbewegung zu zersplittern. Die Gewerkschaftskartelle sind ganz besonders geeignet, wenn sie die nötige Umsicht walten lassen, den Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, zwischen Gewerkschafts- und Parteibewegung einen Keil zu treiben, vorbeugen zu können. Diesen Bestrebungen, die meistens ihren Ausgangspunkt in persönlichen Geheißigkeiten haben und von niedrigen Motiven diktiert sind, entgegenzuwirken, müssen die Kartelle, wie jeder einzelne, der es ernst mit der Arbeiterbewegung meint, sich anlegen sein lassen. Und das geschieht dadurch, daß Meinungsunterschiede stets in sachlicher Weise diskutiert, alle gehässigen Ausfälle sofort energisch zurückgewiesen und durch Verbreitung von Bildung und Wissen die Arbeiter zu zielbewußten Klassenkämpfern erzogen werden. Erziehungsanstalten sollen die Gewerkschaftskartelle sein. Das sei die Parole, nach der sich ihre gesamte Tätigkeit richtet. Erziehungsanstalten im weitgehendsten Sinne. Daß sie es zum Teil schon sind und sich mehr und mehr dazu entwickeln, beweist die Statistik über ihre Tätigkeit. Wird in dieser Richtung weiter gearbeitet, so nur zum Vorteil der Arbeiterbewegung. L. Brunner.

Die Kampfweise gegen den Deutschen Tabakarbeiter-Verband im östlichen Westfalen.

Die Tatsache, daß die Tabakarbeiter immer mehr zu der Einsicht kommen, daß sie ihre kümmerliche wirtschaftliche Lage nur mit Hilfe der Organisation etwas aufbessern können, veranlaßt die Zigarrenfabrikanten und ihre Vertretung, die Mindener Handelskammer, mit allen Mitteln gegen den Tabakarbeiterverband zu Felde zu ziehen, wobei man in der Wahl derselben zarte Bedenken durchaus nicht empfindet. So hat die Mindener Handelskammer in den letzten Tagen die Unternehmungs- und Geistesproduktionspresse versehen, die aber eine ganz andere Wirkung hervorrufen werden, als die Herrschaften sich gedacht haben. Das erste Produkt lautet:

„Folgende Warnung für Arbeiter macht die Kunde durch eine Anzahl Tageszeitungen. Es dürfte vielfach unbekannt sein, welche rücksichtslosen Zwangsmittel die Sozialdemokratie anzuwenden pflegt, um streikende Arbeiter, welche gern wieder arbeiten möchten, von der Arbeit gewaltfam abzuhalten. Die Arbeiter, welche streiken und deshalb Streikunterstützungen aus der Verbandskasse beziehen, müssen über die empfangenen Beträge Wechsel unterschreiben. Diese Wechsel — bei Sicht zahlbar — werden dem betr. Arbeiter nicht zur Zahlung vorgelegt, solange er wegen der Dauer eines Streiks in diesem beharrt. Wehe aber dem Unglücklichen, der in der Erkenntnis, daß die Streikgelder für seinen oder seiner Familie Unterhalt nicht ausreichen, oder der ohne Aussicht auf einen günstigen Ausgang des Streiks die Arbeit wieder aufnimmt! Er ist in den Augen seiner Genossen nicht nur gebrandmarkt, sondern fast immer dem Elend und der Not preisgegeben. Denn ohne Verzug werden ihm nunmehr die von ihm unterschriebenen Wechsel über die bisher erhaltenen Streikunterstützungsbeträge zur Zahlung vorgelegt. Wehe dem Arbeiter, welcher alsdann nicht über Ersparnisse verfügt, um die Wechsel zu bezahlen, also die empfangenen Unterstützungen der Verbandskasse zurückzuerstatten zu können. Die Wechsel werden protestiert und der Gerichtsvollzieher erscheint in der Wohnung des Arbeiters, um zu pfänden. Das sind die Folgen und die Wirkungen der Streikunterstützung. Mit dem Zeitpunkt, wo der Arbeiter mehr als ein Unkenntnis über die schlimmen Folgen die seinbar so verlockende Unterstützung annimmt, existiert für ihn ein eigener, freier Wille nicht mehr. Er kann weder vor, noch zurück, — seine Hände sind ihm durch die sozialdemokratische Organisation gebunden, deren Terrorismus und Willkür er sich selbst auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat.“

Dieser, aus alten Scharteten hervorgeführte Artikel rief in einer Tabakarbeiter-Versammlung in Siddenhausen, in der er zur Verlesung gelangte, eine ungeheure Lachsalbe hervor, die im ganzen Bezirk ein tausendfaches Echo finden wird, so daß der Handelskammer noch recht lange die Ohren davon nachklingen werden. In Siddenhausen wurde zu dem Artikel ausgeführt, daß die Tabakarbeiter vor dem Gerichtsvollzieher gar nicht so ängstlich seien, da ja die Zigarrenfabrikanten durch die Löhne, die sie zahlen, dafür gesorgt hätten, daß derselbe bei ihnen nichts holen könne. Der Verband zahle aber auch überhaupt keine Streikunterstützung auf Wechsel aus. Die Mindener Handelskammer kann sich ja nun selbst ausmalen, welchen moralischen Erfolg sie mit der Veröffentlichung dieses Artikels davongetragen hat.

